

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 4/1986 – Dezember

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Ein Wachstum der Wirtschaft um dreieinhalb bis vier Prozent für 1986 war am Jahresanfang prognostiziert, eine weitere Kräftigung der konjunkturellen Belebung erwartet worden. Tatsächlich wird das Wachstum des realen Bruttonsozialprodukts der BRD 1986 wohl eher unter drei Prozent liegen.

Auch auf der Ebene der kapitalistischen Weltwirtschaft hat sich nirgends die erhoffte Kräftigung der Konjunktur gezeigt. In den USA mehren sich immer deutlicher rezessive Erscheinungen; ähnlich in Japan, wo es erstmals seit langer Zeit auch zu Massenentlassungen in großen Unternehmen kommt.

Es kann daher nicht überraschen, daß die Warenexporte der Bundesrepublik 1986 nicht weiter angewachsen sind. Der Verfall des Dollarkurses gegenüber der DM als beschränkender Faktor kommt hinzu; die damit verbundene Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Dollarraum dürfte sich aber erst im kommenden Jahr voll auswirken.

Die Stagnation der bundesdeutschen Exporte hat nicht nur das wirtschaftliche Wachstum insgesamt gebremst, sondern zudem Sturkturverzerrungen deutlich gemacht, die eine Folge der einseitigen Exportorientierung der bundesrepublikanischen Wirtschaft sind. Die Exporte der Bundesrepublik bestehen vor allem aus Investitionsgütern – allein 1985 bestand bei Investitionsgütern ein Außenhandelsüberschuß von 160 Milliarden DM. Der Investitionsgütersektor ist also im Verhältnis zu den Bedürfnissen des nationalen Reproduktionsprozesses strukturell völlig überdimensioniert. Ein Rückgang der Exporte kann daher kaum durch eine Kräftigung der inländischen Investitionskonjunktur voll ausgeglichen werden. Trotz der günstigen Investitionsentwicklung im Ausrüstungssektor der Jahre 1985 und 1986 hat die Stagnation der Exporte daher zu einem Rückgang der Kapazitätsauslastung in den Investitionsgüterbereichen geführt. Das vielbeschworene „Umsteuern“ von der Export- zur Binnenmarktkonjunktur scheint an den Verzerrungen der bundesrepublikanischen Wirtschaftsstruktur zu scheitern.

Ein neuer konjunktureller Rückfall wurde

1986 noch durch die ausgeprochen kräftige Konsumkonjunktur verhindert. Die deutliche Steigerung der Kaufkraft der Masseneinkommen – zum großen Teil eine Folge des Verfalls der Rohstoff- und Ölpreise – hat einen kleinen „Konsumboom“ ausgelöst. Da diese Impulse aber im kommenden Jahr rasch an Kraft verlieren dürften, haben die Konsumgüterindustrien ihre Investitionspläne keineswegs aufgestockt. 1986 wurde deutlich, wie eng der Zusammenhang zwischen Realeinkommen, Kaufkraft und Konjunktur ist: Ohne diesen Konsumstoß wäre es voraussichtlich schon im abgelaufenen Jahr zu einer deutlichen Konjunkturverlangsamung mit den entsprechenden Folgen für den Arbeitsmarkt gekommen.

Entgegen den Behauptungen der Bundesregierung ist die Beschäftigung nur verzögert und – verglichen mit vorangegangenen Aufschwungsphasen der Konjunktur – langsam angestiegen. Gegenüber dem Hauptkrisenjahr 1982 – dem Jahr des Regierungsantritts der Rechtskoalition – errechnet sich im Jahresdurchschnitt 1986 ein Beschäftigungszuwachs von knapp 100 000 Erwerbstätigen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen liegt im Jahresdurchschnitt 1986 um 400 000, bei der tatsächlichen Arbeitslosigkeit (einschließlich der stillen Reserve) um fast 600 000 über dem Stand von 1982.

Ebenfalls im Gegensatz zum krampfhaften Konjunkturoptimismus der Bundesregierung weisen die meisten seriösen Prognosen auf eine bevorstehende Verlangsamung ab Mitte 1987 hin. Dann laufen die Wirkungen der für den Konsum günstigen Sonderfaktoren aus, die Investitionstätigkeit wird sich nach den vorliegenden Unternehmensplänen deutlich abschwächen. Auch für den Export sind kaum Momente sichtbar, die eine erneute Expansion bewirken könnten. Die staatliche Wirtschaftspolitik behauptet, keinen „Handlungsbedarf“ erkennen zu können und programmiert Ausgabenkürzungen für 1987. Es muß daher befürchtet werden, daß die allgemein erwartete Wachstumsverlangsamung ab Mitte 1987 in eine neue zyklische Wirtschaftskrise übergehen könnte. Dies muß Anlaß sein, verstärkt auf höhere Tarifabschlüsse und vor allem auf

beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzungen zu drängen. Erforderlich ist auch eine expansive Gestaltung der staatlichen Haushaltspolitik, die Intensivierung von öffentlichen Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes und der sozialen Infrastruktur. In die letzte zyklische Krise trat die Bundesrepublik mit einem unerträglich hohen „Sockel“ an tatsächlicher Arbeitslosigkeit ein: 1980 wurden etwa 1,5 Millionen unbeschäftigte Erwerbspersonen gezählt. Für 1984 bezifferte das offizielle Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die Arbeitslosigkeit auf fast 3,6 Millionen. Es ist allein der Wochenarbeitszeitverkürzung der beiden letzten Jahre zu verdanken, daß die Arbeitslosigkeit bis 1986 marginal auf knapp 3,4 Millionen Betroffene abgebaut werden konnte. Schwächt sich das Wirtschaftswachstum 1987 auf zwei Prozent ab – dies prognostiziert der Sachverständigenrat –, dann kommt es schon im kommenden Jahr wieder zu einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Kommt es aber zu einer neuen Rezession, dann droht ein sprunghafter Anstieg in neue Dimensionen.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Wichtige Industriezweige
- 1.4 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.5 Investitionen
- 1.6 Außenwirtschaft

2 Unternehmergevinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergevinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Sparquoten
- 3.4 Perspektiven im Arbeitszeitkonflikt
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Sozialprodukt

Während der Bundesregierung weiterhin einen „spannungsfreien Wirtschaftsaufschwung“ bis 1990 prognostiziert, sehen die großen Wirtschaftsforschungsinstitute inzwischen weit weniger sorgenlos in die Zukunft. Allgemein wird davon ausgegangen daß es ab Mitte 1987 zu einer deutlichen Konjunkturabschwächung kommt.

Brutosozialprodukt

	Mrd. DM ¹	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	
		nominal	real
1986 1. Hj.	932	+ 6,0	+ 2,5
2. Hj. ²	1032	+ 6,5	+ 3,0
1987 1. Hj. ²	983	+ 5,5	+ 3,0
2. Hj. ²	1076	+ 4,5	+ 2,5

1 in jeweiligen Preisen

2 Schätzung des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute
(Quelle: DIW-Wochendienst, 43/86, S. 552)

Gegenwärtig wird die Konjunktur getragen von einem vergleichsweise kräftigen Konsumstoß, während die Exporte nur noch stagnieren. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen expandiert immer noch deutlich, die Investitionspläne fürs nächste Jahr weisen aber auf eine einschneidende Verlangsamung hin. Da im Verlauf des kommenden Jahres auch die den Konsum stimulierenden Sonderfaktoren (niedrige Ölpreise, Steuerreform) an Wirkung verlieren, wird sich der private Verbrauch nicht mehr so stark erhöhen wie 1986. Die das „Herbstgutachten“ tragenden fünf Wirtschaftsforschungsinstitute hoffen, daß es 1987 wieder zu einer Kräftigung der Exporte kommt – wofür jedoch bislang kaum Faktoren auszumachen sind. Es spricht daher einiges dafür, daß bei stagnierenden Exporten und abgeschwächter Konsumzunahme die Kapazitätsauslastung 1987 zurückgeht und auch die Investitionen wieder sinken. Dies würde die Einleitung einer neuen zyklischen Wirtschaftskrise im kommenden Jahr bedeuten. Angesichts einer weiterhin nicht expansiven Wirtschaftspolitik sind keine Faktoren sichtbar, die im Verlauf des kommenden Jahres eine Fortsetzung der konjunkturellen Belebungstendenzen tragen könnten. Angesichts massiver weltwirtschaftlicher (Handelsbilanzdefizit der USA, Verschuldung der Dritten Welt) und binnengewirtschaftlicher (Branchen Krisen bei Stahl, Kohle und Werften, Nord-Süd-Gefälle, Massenarbeitslosigkeit) Ungleichgewichte würde ein neuer zyklischer Abschwung sehr rasch zu zugesetzten wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen – es ist eben gerade das Merkmal des seit 1983 anhaltenden zögernden Konjunkturaufschwungs, daß er höchst ungleichgewichtig und spannungsgeladen verlaufen ist.

Die Hoffnungen vom Frühjahr auf eine ölpresbedingte Konjunkturbeschleunigung haben sich nicht erfüllt: Die Institute rechnen für 1986 mit einer realen Wachstumsrate des Brutosozialprodukts (BSP) von knapp drei Prozent, die Prognosen vom Jahresanfang mußten also zurückgenommen werden. Vorläufige Berechnungen kommen nur auf 2,5 Prozent. Allerdings ist festzuhalten, daß es ohne die ölpresbedingte Konsumexpansion möglicherweise schon 1986 zu einem Auslaufen der konjunkturellen Erholungsphase gekommen wäre.

1.2 Produktion

Die Erzeugung in den produzierenden Bereichen der Wirtschaft hatte nach dem Rückfall im ersten Vierteljahr 1986 zunächst wieder zugenommen. In den Monaten August/September trat aber ein erneuter Rückgang ein, der vor allem im verarbeitenden Gewerbe spürbar war.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

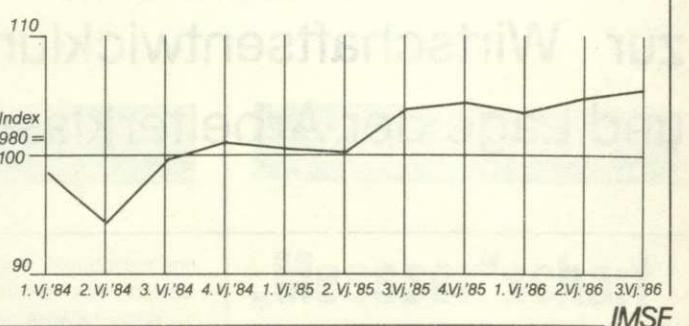
1984	1985	1986								
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
98,8	94,5	99,8	101,2	100,6	102,1	104,2	104,7	103,8	105,0	105,6

1 Index 1980 = 100

2 Vorläufige Ziffern

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Ifd.)

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



Im Verlauf stabilisierend hat die Bauwirtschaft gewirkt, wo die Erzeugung derzeit wieder allmählich ansteigt. Nach oben gerichtet ist erwartungsgemäß noch die Erzeugung im Konsumgütersektor. Vor allem im Investitionsgüterbereich überwiegen allmählich Produktionseinschränkungen, allerdings auf einem nach wie vor sehr hohen Niveau. Der Ausfall bei den Auslandsbestellungen kann durch die Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern nicht ausgeglichen werden. Bei Exportquoten von über 50 Prozent sind die Investitionsgüterbereiche inzwischen in einem hohen Maße weltmarktorientiert, im Verhältnis zu den inländischen Reproduktionsbedingungen ist der Investitionsgütersektor der Bundesrepublik deutlich überdimensioniert.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Mai	Juni	Juli	August	September
Insgesamt	- 4,2	+ 7,9	+ 1,7	- 0,1	+ 1,9
Grundstoffe und					
Produktionsgüter	- 5,1	+ 2,8	- 1,9	- 4,1	- 4,0
Investitionsgüter	- 1,4	+ 12,6	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,4
Verbrauchsgüter	- 6,5	+ 7,9	+ 5,5	+ 0,1	+ 7,4

1 1986 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Auch im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten errechnet sich nur noch ein geringfügiger Anstieg der Produktion.

Bei den Auftragseingängen zeichnet sich eine vergleichbare Entwicklung ab. Im August/September sind die Aufträge im verarbeitenden Gewerbe wieder gesunken, lediglich im Verbrauchsgüterbereich ist eine Zunahme zu verzeichnen.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1984			1985			1986			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
102	99	105	105	107	108	110	109	108	109

1 Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Ifd.)

Deutlich rückläufig ist der Trend bei den Auslandsbestellungen, aber auch bei den inländischen Auftragseingängen überwiegt seit der Jahresmitte die Stagnation.

Gegenüber dem Vorjahr zeigen die nominellen Ziffern eher einen leichten Rückgang an, es ist aber zu berücksichtigen, daß die Preise für Industriewaren derzeit um rund drei Prozent unter dem Vorjahresstand liegen. Dies trifft allerdings nur für Grundstoffe und Verbrauchsgüter zu, während die Investitionsgüterpreise drei Prozent über dem jeweiligen Vorjahresstand liegen.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
April	+ 7,1	+ 2,9	+ 9,0
Mai	- 5,5	- 10,9	- 3,1
Juni	+ 6,7	- 2,7	+ 11,4
Juli	- 0,9	- 6,0	+ 0,6
August	- 3,4	- 7,5	- 2,1
September	+ 1,5	- 4,0	+ 2,4

1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, jeweilige Preise

2 Vorläufige Ziffern

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Alle Indikatoren zeigen an, daß eine deutlich aufwärtsgerichtete Tendenz nur im Bereich der Konsumgüter feststellbar ist. Es ist davon auszugehen, daß dieser Trend auch noch in den nächsten Monaten anhalten wird – die niedrigen Energiepreise, die zunächst zu verstärkten Energiekäufen geführt haben, entlasten die Haushalte in hohem Maße und setzen in den nächsten Monaten Kaufkraft frei, die sich verstärkt auf Pkw und andere langlebige Gebrauchsgüter richten dürfte.

Der Maschinenbau, einer der tragenden Säulen der konjunkturellen Erholungsphase der letzten Jahre, läuft ebenfalls Gefahr, durch die nachlassenden Auftragsorder aus dem Ausland, von einer Wachstumsphase in eine stagnierende Situation zu gelangen. Fast zwei Drittel des Umsatzes dieser Branche werden im Ausland erzielt. Seit Januar 1986 lagen die Auftragseingänge aus dem Ausland regelmäßig unter dem Vorjahresergebnis. Die Unternehmen setzen auf Inlandsaufträge, die bis jetzt teilweise die Auslandsrücksläge auffangen konnten. Ohne einen kräftigen Investitionschub wird diese Situation jedoch nicht zu halten sein.

1.3 Wichtige Industriezweige

Die Industrieconjunktur ist über den gesamten Zeitraum 1983 bis 1986, einer konjunkturellen Belebungsphase, sehr differenziert geblieben. Bis Ende 1985 war die kräftige Expansion der Investitionsgütersektoren bestimmt, während der Vorproduktbereich und die Konsumgüterindustrie stark zurückgeblieben sind. Bis dahin war die Konjunktur ganz überwiegend von den Exporten getragen, welche vor allem Investitionsgüterexporte sind. 1986 haben sich hier deutliche Verschiebungen ergeben. Bei stagnierenden bzw. leicht rückläufigen Warenexporten mußten die meisten Investitionsgüterbereiche empfindliche Absatzeinbußen im Ausland hinnehmen, die trotz der vergleichsweise günstigen inländischen Investitionskonjunktur nicht voll durch die Binnennachfrage ausgeglichen werden konnte: Nun wirkt sich die einseitige Exportorientierung der bundesrepublikanischen Wirtschaftspolitik negativ aus.

Dagegen stabilisierte sich die Situation in den konsumnahen Bereichen und im Einzelhandel. Dort sind die Kapazitätsreserven aber noch ausreichend, so daß der kleine „Konsumboom“ des ablaufenden Jahres keine zusätzlichen Erweiterungsinvestitionen bewirkt hat. Zudem ist klar, daß sich die private Nachfrage schon im nächsten Jahr deutlich verlangsamen wird.

Die eisenschaffende Industrie, die Ende des Jahres 1985, Anfang 1986 noch leichte Zuwachsraten der Produktion erzielen konnte, ist derzeit wieder auf dem Weg nach unten, wenn man die vorhandenen Daten analysiert. Der bereinigte Produktionsindex des 3. Quartals 1986 liegt um mehr als 10 Prozent unter dem Vorjahresstand.

In nächster Zukunft sollen EG-Richtlinien weitere Produktionsrücknahmen vorschreiben. Beschäftigungsprobleme sind damit vorprogrammiert. Die Stahlkonzerne haben in der Vergangenheit durch Milliardensubventionen aus Steuergeldern den Stahlhersteller ohne größere Schwierigkeiten überstanden. Sie sind zwischenzeitlich in Bereiche der verarbeitenden Industrie eingestiegen, die die Rücksläge in der Stahlerzeugung mehr als ausgleichen konnten.

Daß die Stahlkrise vor allem eine Krise der Beschäftigung an Rhein, Ruhr und Saar war, zeigt die Beschäftigungsentwicklung. Seit 1978 wurde jeder 3. Arbeitsplatz in der eisenschaffenden Industrie verloren. Die Produktivitätsentwicklung dagegen lief, mit Ausnahme zweier Jahre, im gleichen Zeitraum stetig nach oben. Derzeit liegt

die Stundenproduktivität der Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie mehr als 30 Prozent über dem 78er Niveau.

Seit 1978 haben sich die Stahlkonzerne mit öffentlichen Mitteln modernisiert. Die Anlagen sind technologische Spitze. Moderne Anlagen auf der einen Seite, Arbeitsplatzvernichtung auf der anderen. Seit 1978 trägt vor allem die Stahlindustrie zur Beschäftigungskrise in den Revieren bei. In dieser Branche sind die Arbeitsplätze weiterhin akut gefährdet, die Profite dagegen scheinen gesichert.

In der chemischen Industrie verflacht die Produktionsentwicklung zusehends. Im September 1986 lag das Produktionsergebnis um 2,4 Prozent unter dem Stand des September 1985. Dieser exportabhängige Industriezweig verspürt die abflauenden Auftragseingänge aus dem Ausland ganz besonders hart. Nichtsdestotrotz versprechen sich die drei Großkonzerne auch für das laufende Jahr noch außerordentlich hohe Gewinne. Die derzeit noch niedrigen Rohstoffpreise sind Garant für die wahrscheinlich blenden Jahresabschlüsse dieser Chemiegianten. Die Ausfuhr chemischer Erzeugnisse in den ersten acht Monaten lag um mehr als 3,3 Mrd. DM unter dem Vorjahresergebnis.

Berücksichtigt man weiter, daß die Situation vor allem des Maschinenbaus durch Einflüsse wie den gesunkenen Dollar-Kurs und eine schwache Konjunktur der Abnehmerländer in den nächsten Monaten beeinflußt sein wird, dann scheint die Phase steigender Produktionsergebnisse in absehbarer Zeit vorbei zu sein. Auch darf man sich von den steigenden Beschäftigtenzahlen nicht blenden lassen. Der Beschäftigungsseffekt der 38,5-Stunden-Woche läuft aus, der Zuwachs scheint einer Stagnation zu weichen. Und noch immer liegt der Beschäftigtenstand des Monats September '86 mit 998000 Beschäftigten nur auf dem Stand des Jahres 1982. Die Aufschwungphase konnte lediglich die früheren Einbußen ausgleichen.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

<

Im **Fahrzeugbau** läuft alles auf ein neues Rekordjahr hinaus. Im 3. Quartal liegt der bereinigte Produktionsindex um 3,4 Prozent über dem Vorjahresstand. Die gestiegene Inlandsnachfrage nach Automobilen kann die schwächer werdende Auslandsnachfrage mehr als ausgleichen. Von Januar bis August '86 wurden Güter des Fahrzeugbaus in Höhe von 62 Mrd. DM exportiert. Demgegenüber standen die Importe von 19 Mrd. DM. Beachtlich beim Import ist die rasante Entwicklung. Verglichen mit den ersten acht Monaten von 1985 wurden 22 Prozent mehr importiert. Die Exportsteigerung war nur bei 2 Prozent. Die bereits genannten Faktoren, die die Absatzmöglichkeiten auf den Auslandsmärkten erschweren, gelten auch im Fahrzeugbau.

Derzeit steigt die Beschäftigung dieser Branche noch von Monat zu Monat an. Die Zahl der im Fahrzeugbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten liegt auf einem in den letzten zehn Jahren nicht mehr erreichten Niveau.

Dennoch ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz tendenziell fallend. Er liegt im Jahr 1986 noch bei 20 Prozent. 1980 waren es noch 24 Prozent. Der Einsatz neuer Technologien verdrängt die menschliche Arbeit aus den Werkshallen. Beschäftigungswirkungen der Wochenarbeitszeitverkürzung wurden auch von den Unternehmen im Fahrzeugbau bestätigt, um die Beschäftigung zu halten, muß die Arbeit umverteilt werden. Die 35-Stunden-Woche ist dazu ein wirksames Mittel.

Die **Elektroindustrie** hat in den letzten Jahren eine konjunkturelle Berg- und Talfahrt hinter sich. Anfang der achtziger Jahre war eine Periode sinkender Produktions- und Beschäftigungszahlen. Ab 1984 erholt sich die Branche, Höhepunkt war das Jahr 1985. Die Produktion stieg in diesem Jahr um 12,2 Prozent.

Dieses Wachstum wird in diesem Jahr wohl bei weitem nicht erreicht werden. Im 3. Quartal '86 lag der Produktionsindex nur noch um 3,4 Prozent über dem Vorjahresstand, mit fallender Tendenz.

Für das ganze Jahr '86 kann noch mit einem Zuwachs der Produktion von höchstens 6 Prozent gerechnet werden. Die nächsten Monate werden zeigen, inwieweit die Inlandsnachfrage rückläufige Exporte ausgleichen kann. Große Bedeutung kommt dabei der Tarifrunde 86/87 zu. Realeinkommenssteigerungen durch niedrige Inflationsraten wird es wohl im nächsten Jahr nicht mehr geben.

In den **Textil- und Bekleidungsindustrien** war vom sogenannten Aufschwung wenig zu spüren. Im 3. Quartal verharren die Produktionswerte auf dem ohnehin schon niedrigen Vorjahresniveau, die Beschäftigungszahlen gingen in diesem Wirtschaftszweig weiter zurück. Die Unternehmen wollen weg von der Massenproduktion, hier sollen die asiatischen Länder konkurrenzlos sein. Chancen sieht man in hochwertigen Produkten. Inwieweit dadurch zumindest die Beschäftigung gehalten werden kann, muß mit großen Fragezeichen versehen werden.

In der **Bauwirtschaft** haben sich inzwischen Erholungstendenzen durchgesetzt, das Produktionsvolumen im Bauhauptgewerbe übersteigt wieder den Vorjahresstand. Dabei ist allerdings eine ausgesprochene „Spaltung“ der Baukonjunktur zu beobachten: An der Spitze liegt der Wirtschaftsbau, vor allem stimuliert durch Büro- und Verwaltungsbauten. Auch im öffentlichen Bau geht es wieder etwas aufwärts. Dagegen überwiegen im Wohnungsbau trotz der relativ niedrigen Zinsen nach wie vor rezessive Tendenzen. Bemerkenswert ist dabei, daß die Beschäftigung weiter rückläufig ist. Im zweiten Quartal 1986 waren im Baugewerbe fast vier Prozent oder 45 000 Arbeiter und Angestellte weniger beschäftigt als im gleichen Zeitraum 1985. Dies zeigt, daß auch in diesem immer noch vergleichsweise arbeitsintensiven Sektor massiv rationalisiert wird.

1.4 Geld- und Kapitalmarkt

Obwohl sich die westdeutsche Wirtschaft in ihrem vierten – allerdings mäßigen – Aufschwungjahr befindet, bleibt die Kreditnachfrage eher gedämpft. Die Ursachen liegen in dem dicken Liquiditätspolster der Unternehmen und in der Schuldenkonsolidierung der öffentlichen Haushalte: Wie aus der Tabelle hervorgeht, steigen die Kredite an Unternehmen und Private mit einer Zuwachsrate von weniger als 6 Prozent, während die Kredite an öffentliche Haushalte nicht einmal die Rate von 2 Prozent jährlich erreichen.

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1985	1986	1985	1986	1. Vj. Veränder. gegenü. dem Vorjahr	
	Dez.	Sept. ²	Jahr	2. Vj.	3. Vj. ²	
Kredite an inländische Nichtbanken	2026,9	2096,6	5,0	5,5	5,7	5,8
– Unternehmen	1548,2	1618,8	5,4	6,7	6,9	7,0
– Öffentliche Haushalte	478,7	477,8	3,6	1,7	1,8	1,8
Netto-Auslandsforderungen	164,1	201,2	28,0	34,0	33,1	42,1
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	1229,4	1309,5	7,6	6,8	7,0	7,5
darunter:						
Spareinlagen und -briefe	368,5	393,7	6,2	11,0	10,4	11,3
Geldvolumen (M ₃)	961,6	988,3	4,9	7,9	8,1	9,2

¹ Einschließlich „Zentralbankinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“
² Vorläufige Zahlen.

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Ifd.)

Die erhebliche Verstärkung der internationalen Position der westdeutschen Wirtschaft auf den Waren- und Kapitalmärkten in den letzten Jahren spiegelt sich in den Nettoauslandsforderungen des Bankensystems wider, die sich innerhalb von zwei Jahren fast verdoppelt haben.

Bei der Geldkapitalbildung ist eine starke Ausweitung der Spareinlagen und -briefe zu beobachten: die nach dem jahrelangen Rückgang wieder steigenden Reallöhne und -gehälter kommen nicht nur dem Privatverbrauch, sondern auch dem Sparen bei den Banken zugute.

Das Geldvolumen (M₃) zeigt eine wachsende Tendenz, die zum Teil auch auf die Beschleunigung beim Zuwachs der Zentralbankgeldmenge zurückzuführen ist. Diese wiederum läßt die bekannten Kassandrarufe nach einer restriktiven Kreditpolitik laut werden; ein Beispiel dafür ist die Erklärung des Vorsitzenden der berüchtigten Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer, Detlef Bierbaum: „Die Bundesbank wird nicht umhinkommen, das monetäre Wachstum wieder zu drosseln, doch befindet sie sich bei der Formulierung des Geldmengenziels für 1987 in einer schwierigen Lage. Unter anderem kann sie die 1986 zugelassene Überschreitung des Geldmengenziels bei den Daten für 1987 nicht unberücksichtigt lassen... Die Bundesbank ist bereits bis an die Grenze des stabilisatorisch vertretbaren gegangen.“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 23. Oktober 1986)

Auf dem Kapitalmarkt setzt sich die Aufwärtsbewegung weiter fort: zwischen Januar und September d. J. sind die Neuemissionen der festverzinslichen Wertpapiere erneut gestiegen; besonders hoch ist zur Zeit der Absatz von Anleihen der öffentlichen Hand, auf den – wie schon erwähnt – die Konsolidierung der öffentlichen Verschuldung in Zeiten niedriger langfristiger Zinssätze zum großen Teil zurückzuführen ist. Insgesamt war die öffentliche Neuverschuldung im ersten Halbjahr 1986 um die Hälfte niedriger als in demselben Zeitraum des Vorjahres (11,2 gegenüber 23,2 Milliarden DM), was wesentlich auf dem Rückgang des Fehlbetrages im Bundes-

haushalt beruht. Auf der Erwerbsseite ist seit 1983 eine rege Tätigkeit der ausländischen Anleger zu beobachten, die nach der im August 1984 erfolgten Abschaffung der Kuponsteuer, mit der die Zinseinnahmen der Ausländer besteuert wurden, emporgeschossen ist: 1985 erwarben die Ausländer Rentenwerte in Höhe von über 31 Milliarden DM; zwischen Januar und September d. J. dürften die Käufe 40 Milliarden übersteigen.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Konto- korrent- kredite ¹	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktien- kurse ²
	in %	30. 12. 1980 = 100	
1984			
1. Vj.	8,25	8,0	153,8
2. Vj.	8,27	8,0	150,9
3. Vj.	8,34	7,9	148,2
4. Vj.	8,30	7,2	161,4
1985			
1. Vj.	8,22	7,4	175,2
2. Vj.	8,22	7,1	192,3
3. Vj.	7,80	6,5	213,8
4. Vj.	7,52	6,5	255,4

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM

² Statistisches Bundesamt
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Ifd.)

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	Jahr	1985	1986	1. Vj. 3. Vj. ¹			
		1. Hj.	3. Vj.	1. Hj.	3. Vj. ¹		
Anleihen der öffentlichen Hand	36 664	22 814	9 471	26 351	13 500		
Kommunalobligationen	19 425	6 445	8 689	11 124	4 100		
Sonstige Bankschuldverschreibungen	15 213	11 768	193	7 162	8 500		
Industrieobligationen	– 201	377	– 70	248	–		
Ausländische Rentenwerte	15 710	12 085	8 271	11 531	8 400		
Absatz = Erwerb insgesamt	86 811	53 489	26 554	56 416	34 500		
darunter: Kreditinstitute	26 468	7 148	16 179	16 692	–		
Inländische Nichtbanken	49 974	34 392	1 669	8 193	–		

¹ Vorläufige Zahlen.
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Ifd.)

Dagegen bleibt der Absatz an Aktien inländischer Emittenten weiterhin verhalten: sein Nominalwert bewegt sich jährlich um 4 Milliarden und liegt damit nur wenig höher als in Zeiten von Wirtschaftsabschwung und Baisseestimmung an der Börse.

Auf dem Sekundärmarkt zeigt sich ein ähnliches Bild: zwischen Januar und August d. J. werden festverzinsliche Wertpapiere inländischer Emittenten in Höhe desselben Betrags umgesetzt, der 1985 im ganzen Jahr erzielt wurde; bei den Dividendenwerten gehen die Börsenumsätze nach einem regen Handel Anfang des Jahres seit April aber fast ständig zurück.

Bei den Kapitalanlagegesellschaften ist die Kauflust weiterhin auf die Rentenfonds gerichtet: Hier war das Mittelaufkommen 1985 mit 8,5 Milliarden fast doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor; bereits zwischen Januar und September d. J. flossen knapp 9 Milliarden zu. Bei den Aktienfonds setzt sich dagegen der seit Jahren beobachtete Nettoverkauf von Investmentzertifikaten weiter fort: knapp 1 Milliarde DM im Jahre 1985 und 600 Millionen in den ersten drei Quartalen 1986. Obwohl die Aktien-Investmentsfonds seit Jahren sehr gute Erträge aufweisen, bleiben die Anleger fern. Woran liegt das? Ein Fondsmanager erklärt das folgendermaßen: „Die deutschen Sparer sehen in der Aktie in erster Linie nur ein Risikopapier; die Chancen, die die Aktienanlage in den vergangenen Jahren bot, werden einfach nicht zur Kenntnis genommen.“

Wie die Tabelle zeigt, nehmen Zinsen und Renditen weiterhin ab: die Sollzinsen für Kontokorrentkredite von 1 bis unter 5 Millionen DM sanken in den letzten Monaten auf 7 Prozent und die Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand blieben seit Monaten unter der 6-Prozent-Marke.

Erst in jüngster Vergangenheit ist eine Stabilisierung des Zinsniveaus zu registrieren. Es muß dabei allerdings darauf verwiesen werden, daß die Realzinsen, d. h. bei Berücksichtigung der Inflation, immer noch extrem hoch sind.

1.5 Investitionen

Die Investitionstätigkeit ist für den Verlauf des Zyklus von entscheidender Bedeutung, die Investitionsvorhaben der Unternehmen stehen im Mittelpunkt zyklischer Produktions- und Absatzschwankungen.

In den letzten Jahren waren hier zwei gegenläufige Tendenzen zu beobachten: Einer kräftigen Belebung der Ausrüstungsinvestitionen der Industrie seit 1985 stand eine deutliche Abschwächung der Bauinvestitionen gegenüber. Die Ausrüstungsinvestitionen haben sich 1986 weiter erhöht, bei nur wenig abgeschwächtem Tempo gegenüber 1985, während bei den Bauinvestitionen eine Stabilisierung eingetreten ist. Dabei ist der Wohnungsbau weiter leicht rückläufig, während die Auftragsentwicklung eine Zunahme bei den Wirtschaftsbauten und beim öffentlichen Bau signalisiert.

Investitionen in der Gesamtwirtschaft¹

	1985	1986	1987 ²
Ausrüstungen	+ 9,4	+ 8	+ 7,5
Bauten	– 6,2	+ 1	+ 3,5
Anlageinvestitionen			
insgesamt	– 0,3	+ 4	+ 5

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr, zu festen Preisen

² Prognose des „Herbstgutachtens“
(Quelle: DIW-Wochenbericht 43/86, S. 552)

Ein wichtiger Motor der Wirtschaftsentwicklung waren also bislang die industriellen Investitionen. Diese werden sich aber nach den Ergebnissen der Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung 1987 deutlich verlangsamen. Dabei bringen die Jahressdurchschnittsdaten die Trendwende bei den Investitionsplanungen nicht voll zum Ausdruck: Derzeit gibt es noch einen großen Überhang an unerledigten Investitionsvorhaben, so daß zumindest im ersten Halbjahr 1987 die Produktion der Investitionsgüterindustrien noch von ihren Auftragsbeständen leben kann.

Investitionsentwicklung nach Wirtschaftsbereichen

Bereich	Anlageinvestitionen in Preisen von 1980					
	Mrd. DM 1985	Veränderung gegen Vorjahr in % 1984	1985	1986	1987 ²	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	8,3	- 9	0	- 6	- 1	
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	18,1	2	- 4	2	1	
Verarbeitendes Gewerbe	59,5	- 2	16	10	5	
Baugewerbe	3,8	- 8	- 2	8	15	
Handel	12,7	2	3	6	7	
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	30,5	2	7	7	4	
Dienstleistungsunternehmen ¹	60,2	5	1	4	7	
Wohnungsvermietung	76,7	1	- 11	- 6	2	
Staat, Private, Organisationen o.E.	41,7	- 2	- 1	4	4 ³	
Alle Wirtschaftsbereiche	318,8	- 1	0	2-3	4-5	
darunter: Unternehmen ¹	195,4	1	5	6	5	

¹ Ohne Wohnungsvermietung

² Schätzung des Ifo-Instituts
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 28/86, S. 3)

Selbst die derzeit expandierenden Industrien des Konsumgüterbereichs planen keine besondere Verstärkung ihrer Produktionskapazitäten, obwohl der Auslastungsgrad dort noch ansteigt.

Bezogen auf die gesamte Industrie scheint der konjunkturelle Auslastungshöchststand jetzt erreicht. Dabei fällt auf, daß der Auslastungsgrad im Investitionsgüterbereich nun seit einem Jahr leicht zurückgeht und im September 1986 um mehr als ein Prozent unter dem Vorjahresstand lag. Dagegen ist der Auslastungsgrad bei den Konsumgütern um drei Prozent höher als im September 1985. Trotzdem werden relativ wenige Erweiterungsinvestitionen geplant – dies aber wäre eine Voraussetzung für die Verlängerung des Investitionsaufschwungs über das Jahr 1987 hinaus.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

Jahr	März	Juni	September	Dezember
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	81,1	76,5 ²	82,3	82,6
1985	82,9	84,6	84,5	85,2
1986	84,2	84,8	85,2	

¹ in % der betrieblichen Vollauslastung

² Verzerrung durch Arbeitskampf
(Quelle: Ifo-Schnelldienst)

Zwar weisen die Plandaten für 1987 nochmals eine leichte Verstärkung der Erweiterungsinvestitionen aus – bei anhaltendem Überge wicht der Rationalisierungsinvestitionen. Nach Ansicht des Ifo-In

stituts werden aber im Jahresverlauf zahlreiche Erweiterungsvorhaben in den Investitionsgüterindustrien abgeschlossen sein, so daß es im Jahresverlauf zu einem Rückgang der Erweiterungsinvestitionen kommen dürfte.

Zielsetzung der Investitionen¹

	1985	1986	1987
Kapazitätserweiterung	26	30	34
Rationalisierung	49	48	44
Ersatzbeschaffung	25	22	22

¹ Anteile in %, 1987 geplant, Herbstbefragung

(Quelle: Ifo-Schnelldienst 31/1986, S. 12)

Der Investitionsverlauf der letzten Jahre verweist auf ein grundlegendes Problem der westdeutschen Wirtschaftsstruktur: Die Bundesrepublik hatte 1985 im Handel mit Investitionsgütern einen Exportüberschuß von über 160 Milliarden DM, mehr als 25 Prozent des Gesamtumsatzes. Die Investitionsgüterindustrien haben ihre Kapazitäten seit 1980 weit rascher erweitert als die gesamte verarbeitende Industrie im Durchschnitt.

Veränderung der Produktionskapazitäten¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Verarbeitendes Gewerbe	+ 2,7	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1
Investitionsgütergewerbe	+ 3,2	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,8	+ 3,9

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaftskonjunktur 9/86, Beilage „Zahlen zur Investitionstätigkeit ausgewählter Wirtschaftsbereiche“)

Im Verhältnis zu den inländischen Bedürfnissen sind die Investitionsgüterindustrien also weit überproportioniert – wobei diese Überdimensionierung sich im laufenden Wirtschaftszyklus noch kräftig erhöht hat. Damit ist aber die Gesamtwirtschaft in hohem Maße auch strukturell empfindlich geworden gegen weltwirtschaftliche Veränderungen – wobei nicht nur die Weltkonjunktur, sondern ebenso die Wechselkurse, die Konkurrenzpositionen der Konkurrenten usw. eine Rolle spielen. Kommt es nun zu Nachfrageabschwächungen im internationalen Bereich, so schlagen die so stark auf die Produktion der Investitionsgüterindustrie durch, daß ein Ausgleich durch verstärkte inländische Investitionsgüternachfrage selbst bei günstigen inländischen Verhältnissen nicht ausreichen kann. In der Folge kommt es zu Überkapazitäten und Investitionsstockungen im Investitionsgüterbereich selbst – und die Investitionsgüterindustrien selbst bestreiten immerhin die Hälfte der Investitionen des verarbeitenden Gewerbes insgesamt. Aus diesem Grunde ist die Rede vom „spannungsfreien Aufschwung“ der Bundesregierung absolut verfehlt: Die Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik ist mittlerweile so stark weltmarktabhängig, daß nur bei „spannungsfreien“ internationalen Verhältnissen eine solche Aussage möglich wäre. Davon kann aber nun angesichts der gewaltigen Ungleichgewichte im Welthandel, angesichts labiler Währungsverhältnisse und ungelöster Schuldenprobleme beim besten Willen nicht geredet werden.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

Jahr	März	Juni	September	Dezember
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	81,1	76,5 ²	82,3	82,6
1985	82,9	84,6	84,5	85,2
1986	84,2	84,8	85,2	

¹ in % der betrieblichen Vollauslastung

² Verzerrung durch Arbeitskampf
(Quelle: Ifo-Schnelldienst)

Der Außenbeitrag (Anteil des Exportüberschusses am BSP) soll auf 5,4 Prozent ansteigen.

Außenhandel der BRD

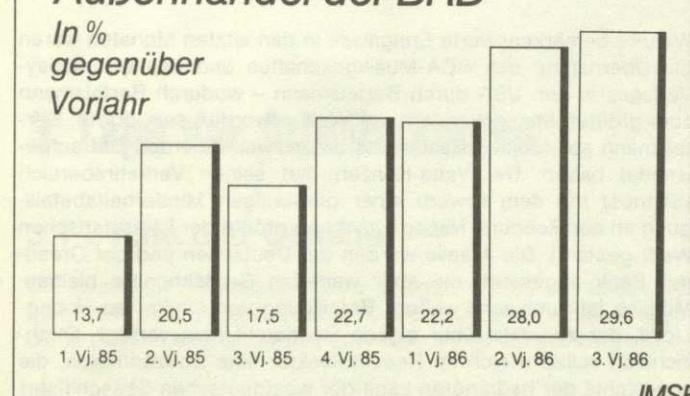
	Exporte in Mrd. DM	Importe in Mrd. DM		Saldo in Mrd. DM	
	% ¹	% ¹	% ¹	% ¹	% ¹
1. Vj. 85	133,8	+ 11,4	120,2	+ 9,7	+ 20,2
2. Vj. 85	138,8	+ 20,6	118,3	+ 11,1	+ 138,4
3. Vj. 85	130,8	+ 10,8	113,2	+ 6,9	+ 43,4
4. Vj. 85	138,5	+ 2,5	114,9	+ 1,6	+ 22,7
1. Vj. 86	130,3	- 2,6	108,0	- 10,1	+ 62,0
2. Vj. 86	135,0	- 2,7	107,0	- 9,6	+ 28,0
3. Vj. 86	126,1	- 3,6	96,5	- 14,8	+ 69,1

¹ in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifo)

Stark ausgedehnt wurden in den letzten Jahren die Anlagen in ausländischen Wertpapieren, aber auch der Umfang kurzfristiger Finanzkredite (z. B. Exportkredite) hat stark zugenommen. Mit einem Nettoauslandsvermögen von 183 Milliarden DM steht die Bundesrepublik nunmehr hinter Japan, Großbritannien und der Schweiz auf dem vierten Platz der Industrieländer. Die USA, die 1983 noch ein Nettoauslandsvermögen von 90 Milliarden Dollar hatten, sind bis Ende 1985 auf eine Nettoschuldenposition von 103 Milliarden Dollar abgesunken. Dies darf allerdings nicht mit einer Verschuldung wie z. B. jener der Länder der Dritten Welt verglichen werden: Bei der Verschuldung der Dritten Welt werden nur die Kredite gerechnet, nicht der Vermögensbesitz von Ausländern wie z. B. an Unternehmen (Direktinvestitionen) oder von Wertpapieren. So erhöht z. B. der Kauf der amerikanischen Celanese Corporation durch die deutsche Hoechst AG den negativen Auslandsvermögensstatus der USA – nicht aber die Verschuldung des Landes gegenüber dem Ausland im engeren Sinne.

Dies ändert allerdings nichts an der historischen Bedeutung der in den achtziger Jahren erfolgten Verschiebung im internationalen Kapitalverkehr. Der mit einem hohen Leistungsbilanzdefizit der USA verbundene Rüstungskurs hat ausländischem Kapital den Zugriff auf die US-Wirtschaft eröffnet, was langfristig mit Gewinnabflüssen (Gewinntransfer aus den USA) und mit dem Verlust internationaler Konkurrenzpositionen der US-Konzerne verbunden sein wird. So ist die Umkehr im Auslandsvermögensstatus eines der Anzeichen für den langfristigen Positionsverlust der USA im ökonomischen Kräfteverhältnis der kapitalistischen Länder. Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre starke militärische Position gegenwärtig – angesichts gespannter internationaler Beziehungen – den USA ein starkes Gewicht auch gegenüber den Verbündeten verleiht. Würden sich aber wieder Entspannungstendenzen durchsetzen – sowohl in den „Ost-West-Beziehungen“ als auch in den „West-Süd-Beziehungen“ – dann würde die Schwäche der US-Ökonomie manifest werden.

Außenhandel der BRD



IMSF

Ganz anders verhält sich die Entwicklung allerdings, wenn man die Preisverschiebungen im Außenhandel, d. h. vor allem den rapiden Preisrückgang bei den Importen, ausklammert. In festen Preisen von 1980 gerechnet, geht der Außenüberschuß 1986 gegenüber dem Vorjahr von 61 auf 50 Milliarden DM zurück. Real lagen die Exporte in den ersten drei Quartalen 1986 nicht höher als im Vorjahr, die Importe dagegen stiegen um rund vier Prozent an. Dies hängt u. a. damit zusammen, daß die Importe unter Ausnutzung der niedrigen Rohstoffpreise ihre Vorräte vergrößert haben. Allein im dritten Vierteljahr 1986 wurden 14 Prozent mehr Rohöl und 15 Prozent mehr Mineralölprodukte importiert als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Trotzdem gingen die Einfuhrrechnungen um 64 bzw. um 67 Prozent zurück.

Der gestiegene Exportüberschuß (nominal) beinhaltet zunächst größere Deviseneinnahmen der Importeure und eine Senkung der Kosten. Es wurde schon an anderer Stelle darauf verwiesen (vgl. INFORMATIONEN... 3/86), daß die niedrigeren Einstandskosten bei den Importen nur zu einem geringen Teil an die Verbraucher weitergegeben werden, der größte Teil schlägt sich in Form gestiegener Gewinne nieder. Diese Gewinne werden aber nicht für den Kauf von Investitionsgütern verausgabt, sondern dienen überwiegend der Anlage an den internationalen Geld- und Kap

Zumindest bis ins erste Halbjahr 1987 hinein soll sich dieser Umverteilungsprozeß nach den vorliegenden Prognosen fortsetzen.

Einkommensentwicklung¹

	1985	1986 ²	1987 ²
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen			
brutto	+8,8	+12,0	+4,5
netto	+8,6	+13,5	+4,5
Lohn- und Gehaltssumme			
brutto	+3,7	+5,0	+5,5
netto	+2,3	+5,5	+4,0

1) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

2) Schätzung bzw. Prognose

(Quelle: „Herbstgutachten“, DIW-Wochenbericht 43/86)

Die Periode eines kräftigen Gewinnanstiegs geht also ins sechste Jahr – ohne daß die Unternehmen, die Bundesregierung und ihre Wirtschaftsforschungsinstitute davon ablassen, weitere Gewinnfördermaßnahmen zu empfehlen. In der verklausulierten Sprache des „Herbstgutachtens“ heißt das: „Die Lohnpolitik sollte deshalb Raum dafür lassen, daß die reichliche Versorgung der Wirtschaft mit Geld in erster Linie für mehr Wachstum und Beschäftigung genutzt werden kann.“ (DIW-Wochenbericht 43/86, S. 550) Es gibt offensichtlich keine wirtschaftliche Situation, in der die konservative Wirtschaftswissenschaft dies nicht empfiehlt. Im Rahmen von Theorien, die das Eigentum an Produktionsmitteln und damit den kapitalistischen Verwertungsdrang für unantastbar erklären – und in diesem Sinne ideologisch sind – kann das auch nicht anders sein: Mit dem Wachstum der Profite wächst auch das Kapital und benötigt zu seiner Verwertung erneut höhere Profite. Es kann daher überhaupt keine Situation geben, in der die Gewinne zu hoch sind: Nur steigende Profite sichern die Akkumulation des Kapitals, welches erneut höhere Profite erfordert. Dies führt mit Notwendigkeit in die Krise, aus der wiederum eine erneut beschleunigte Akkumulation herausführen soll.

Für die großen Unternehmen erwarten die verschiedenen Wertpapieranalytiker auch für 1987 verbesserte Ertragsmöglichkeiten. Die Frankfurter BHF-Bank schätzt den Zuwachs für die 60 größten Gesellschaften auf neun Prozent, die zur Deutschen Bank gehörende DEGAB schätzt die Zunahme bei den 140 größten auf durchschnittlich acht Prozent.

An der Spitze stehen weiterhin die Banken. Eine Analyse der amerikanischen Salomon Brothers erwartet für die drei privaten deutschen Großbanken im laufenden Jahr eine erneute Ergebnisverbesserung um rund 20 Prozent. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Möglichkeit der deutschen Kreditinstitute, steuersparende Rückstellungen für Kreditverluste zu bilden – wobei es völlig im Ermessen der Institute liegt, wie das Verlustrisiko eingeschätzt wird. Man kann z. B. mit Sicherheit annehmen, daß die rund elf Milliarden Bankkredite an die Neue Heimat nicht nur hohe Zinsen einbringen, sondern daß die Ereignisse um die Wohnungsbaugesellschaft des DGB den Banken auch ein willkommener Anlaß waren, um diese Kredite auf Kosten der Steuern abzuschreiben.

2.2 Konzentration

Der Kauf einer Mehrheitsbeteiligung an der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft durch die Aachener und Münchner Versicherungsgruppe (Großaktionär ist eine britische Versicherungsgesellschaft) für den Spottpreis von 1,9 Milliarden DM ist das Signal für wichtige Veränderungen in der Struktur der Kreditinstitute: Bank- und Versicherungsgeschäfte werden sich immer ähnlicher, so daß von beiden Seiten das Bestreben zunimmt, in den jeweiligen anderen Sektor einzudringen. In Zukunft dürfte es zu einer engen Verflechtung zwischen Bank- und Versicherungswesen kommen.

Auch aus anderen Bereichen kommen Meldungen, die bestätigen, in welchem Ausmaß die Unternehmensstrukturen in Veränderung begriffen sind, wobei es kaum noch eine Großfusion gibt, die nicht

internationale Dimensionen hat. Die im letzten Bericht („INFORMATIONEN...“ 3/86) angesprochene Absicht des Siemenskonzerns, als Gegengewicht zur Fusion zwischen der amerikanischen ITT (Tochtergesellschaft SEL in der BRD) und der französische CGE auf dem Telekommunikationsmarkt die kleinere französische CGCT aufzukaufen, hat konkrete Formen angenommen. Allerdings bemüht sich auch die US-amerikanische AT & T um die französische Gesellschaft: Der Kampf zwischen Siemens und AT & T um die CGCT hat zuletzt dazu geführt, daß die staatliche US-Behörde für das Fernmeldewesen offen gedroht hat, den Absatz von französischen Fernmeldeeinrichtungen in den USA zu behindern, falls AT & T bei der bislang staatlichen CGCT nicht zum Zuge kommt. Dagegen genießt Siemens „bei dem CGCT-Projekt die Unterstützung der deutschen Bundesregierung bis hin zu Bundeskanzler Kohl“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 11. 1986) Bei der Beteiligung geht es vor allem darum, Zugang zum Geschäft mit der französischen Post zu bekommen.

Weitere bemerkenswerte Ereignisse in den letzten Monaten waren die Übernahme des RCA-Musikgeschäfts und des Doubleday-Verlages in den USA durch Bertelsmann – wodurch Bertelsmann zum größten Medienkonzern der Welt geworden sein dürfte. Bertelsmann soll für den Deal etwas unter zwei Milliarden DM aufgewendet haben. Der Veba-Konzern hat seinen Verkehrsbereich (Stinnes) mit dem Erwerb einer gewichtigen Minderheitsbeteiligung an der Reederei Hapag-Lloyd (die größte der kapitalistischen Welt) gestärkt. Die Anteile wurden der Deutschen und der Dresdner Bank abgekauft, die aber weiterhin Großaktionäre bleiben. Möglich ist auch eine weitere Beteiligung von Oetker an Hapag-Lloyd, der ebenfalls über eigene Reederei-Linien verfügt. Offensichtlich vollzieht sich im Reedereisektor eine Konzentration, die angesichts der bedrängten Lage der westdeutschen Seeschiffahrt sicher nicht ohne Kapazitätsabbau und Arbeitsplatzverluste abgenommen dürfte. Folgen für die Bundesrepublik dürfte auch der Aufkauf der amerikanischen Celanese Corporation durch die Hoechst AG haben, wofür Hoechst annähernd sechs Milliarden DM aufzubringen haben wird. Celanese ist vor allem im Faserbereich tätig, hat aber auch Auslandsbeteiligungen (darunter in Saudi-Arabien) im Bereich der Grundchemikalien. Man kann davon ausgehen, daß Hoechst vorhat, den bedrängten Fasermarkt durch weitere Kapazitätsschnitte zu „sanieren“ und dabei gleichzeitig Celanese als weiteres Bein in den USA zu nutzen.

Siemens und BASF haben angekündigt, gemeinsam eine Vertriebsgesellschaft für Großrechner zu gründen. Es geht darum, den japanischen Partnern – die die Großrechner produzieren – den westdeutschen Markt zu erschließen. Die Rechner sind IBM-kompatibel, d. h. es geht darum, ein Gegengewicht gegen IBM zu bilden.

Eine bedeutende Fusion im Bereich des Einzelhandels stellt die Übernahme der Schaper-Gruppe durch Asko dar. Es entsteht damit eine Einzelhandelsgruppe, die nach Karstadt und Kaufhof den dritten Platz einnehmen wird. Allein im Lebensmitteleinzelhandel wird die Gruppe annähernd fünf Prozent Marktanteil erreichen.

Gerade im Einzelhandel vollzieht sich ein rasanter Konzentrationsprozeß traditionellen Zuschnitts, der mit einer kräftigen Abnahme der Anzahl der Geschäfte verbunden ist. So haben in den letzten fünf Jahren fast 15 000 Lebensmittelgeschäfte geschlossen, weitere 9000 von gegenwärtig 77 000 werden in den nächsten vier Jahren verschwinden. Betroffen sind fast ausschließlich kleine Geschäfte, so daß der Strukturwandel auch mit einer Erhöhung der Beschäftigtenproduktivität und einem weiteren Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze im Handel verbunden sein wird.

In den ersten neun Monaten des Jahres nahm die Zahl der Insolvenzen und Konkurse nochmals leicht zu. 14252 Verfahren wurden in diesem Zeitraum registriert, etwa 50 mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Allerdings wächst die Zahl in den letzten Monaten nicht mehr, im September war der Vorjahresstand um 1,1 Prozent unterschritten.

Die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschungsgesellschaft errechnet für die ersten drei Vierteljahre etwa 110 000 Arbeitsplätze, die Insolvenzen zum Opfer gefallen sind. Hinzu kommen 230 000 Entlassungen, die auf „stille“ Löschungen der Unternehmen ohne offizielle Insolvenz zurückzuführen seien. Dem ste-

hen rund 260 000 neue Arbeitsplätze gegenüber, die auf rund 246 000 Neugründungen im gleichen Zeitraum zurückzuführen seien. Per Saldo eine Zunahme der Zahl der Unternehmen, aber ein Arbeitsplatzverlust im „Gründungsgeschehen“ von rund 80 000. Die große Zahl der Unternehmensgründungen, ganz überwiegend reine „Ein-Mann(Frau)-Betriebe“, ist also keineswegs Ausdruck besonderer Wirtschaftsdynamik. Die große Masse erfolgt in den ohnehin schon überbesetzten Bereichen des Einzelhandels, des Handwerks und der Bauwirtschaft, wobei die „Gründer“ auf diese Weise der Arbeitslosigkeit zu entgehen hoffen. Dies erweist sich aber nur zu oft als Illusion, der „Gründung“ folgt schon bald die Pleite.

Lohnsteuertarif für ein Jahr gestoppt hat. Die etwas höheren Tarifabschlüsse und der Rückgang der Kurzarbeit bzw. die Ausdehnung der Überstunden wirken ebenfalls positiv auf die Lohnentwicklung.

Die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltssumme steigt mit gut fünfeinhalb Prozent noch etwas stärker, da sich auch die Zahl der Beschäftigten erhöht hat. Der gegenwärtig zu beobachtende kleine Konsumboom hängt eng mit dieser günstigen Entwicklung bei den Löhnen und Gehältern zusammen. Die Sparquote, d. h. der Anteil der Ersparnisbildung am verfügbaren Einkommen der Haushalte, ist nur wenig angestiegen. Der Zusammenhang zwischen Löhnen und privater Nachfrage gestaltet sich also nach wie vor ziemlich eng, von „Sättigung“ im Bereich des privaten Verbrauchs insgesamt ist also wenig zu spüren. Es sei daran erinnert, daß dies ein wichtiges Unternehmerargument gewesen ist, wenn von wissenschaftlicher Seite die positive Funktion höherer Löhne für den Absatz, die Konjunktur und die Arbeitsplätze hervorgehoben wurde. Die Entwicklung der letzten Jahre bestätigt diesen Zusammenhang in hohem Maße: Lohnerhöhungen stabilisieren den Absatz in den Konsumgüterbereichen der Wirtschaft und wirken so arbeitsplatzerhaltend.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die tariflichen Arbeitseinkommen steigen derzeit um dreieinhalb bis vier Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Tarifabschlüsse liegen damit gegenwärtig nur wenig über dem Volumen des Vorjahrs.

Tariflohn- und gehaltsniveau¹

1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
+3,0	+2,9	+2,6	+2,4	+2,9	+3,6	+3,6

1 Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Anders sieht die Situation aus, wenn man die tariflichen Stundenlöhne zugrunde legt: Diese steigen derzeit um mehr als vier Prozent und damit stärker als in den Vorjahren. Hier wirkt sich die Arbeitszeitverkürzung aus, die inzwischen in immer mehr Bereichen wirksam wird.

Obwohl die Tarifabschlüsse im Jahre 1986 nur wenig höher ausfallen als im Vorjahr, hat sich die Kaufkraft der Löhne und Gehälter kräftig erhöht, erstmals wieder seit 1979.

Reallohnentwicklung¹

	1982	1983	1984	1985	1986 ²	1987 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+2,2	+2,1	+3,0	+3,7	+5,0	+5,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+1,0	+0,5	+1,7	+2,3	+5,5	+4,0
je Beschäftigten	+2,9	+2,2	+1,6	+1,5	+4,5	+3,0
Inflationsrate	+5,3	+3,3	+2,4	+2,2	-0,2	+1,5
Realeinkommen je Beschäftigten	-2,4	-1,1	-0,8	-0,7	+4,3	+1,5

1) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
2 Schätzung bzw. Prognose des „Herbstgutachtens“
(Quelle: DIW-Wochenbericht 43/86, S. 553; eigene Berechnungen)

Im Zeitraum 1980 bis 1985 sind die Reallöhne – definiert als Netto-lohn- und -gehaltssumme je abhängig Beschäftigten, bereinigt um den Anstieg des Indexes der Lebenshaltungspreise aller Haushalte – um knapp sieben Prozent gesunken. Der sprunghafte Anstieg im laufenden Jahr macht diesen sechsjährigen Rückgang um knapp zwei Drittel wieder gut.

Der Hauptfaktor des Reallohnanstiegs sind die niedrigen Energiepreise – mehr als die Hälfte der Reallohnheröhung ist auf das Konto der Preisstabilität zu buchen. Daneben spielt die erste Stufe der Steuerreform eine gewisse Rolle, die die Progressionswirkung des

Lebenshaltung 1986¹

	Preisindex der Lebenshaltung insgesamt	Preisindex der Lebenshaltung ohne Heizöl/Benzin
Juni	-0,2	+1,6
Juli	-0,5	+1,3
August	-0,4	+1,5
September	-0,4	+1,3
Oktober	-0,9	+1,2

1) Index der Lebenshaltung aller Haushalte, Veränderung in v. H. gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Preise und Preisindizes für Lebenshaltung, Ifd.)

Vergleichsweise stabil sind immer noch die Nahrungsmittelpreise. Der entsprechende Index liegt nur knapp über dem Vorjahresstand. Dagegen steigen die Wohnungsmieten und die Preise für Dienstleistungen weiter deutlich, die entsprechenden Preisindizes lagen im Oktober um rund zwei Prozent über dem Vorjahresstand.

Hauptfaktor der Preisstabilität sind die niedrigen Rohstoffpreise, die sich wegen der Dollarabwertung für die Bundesrepublik besonders günstig darstellen. Immer noch liegt der Index der Importpreise um mehr als 20 Prozent unter dem Vorjahresstand.

Ausgewählte Preisindizes 1984¹

	Industrie-preise	Landwirtschafts-preise	Import-preise	Großhandels-preise
Juni	-2,9	-5,0	-21,0	-7,9
Juli	-3,6	-4,7	-22,4	-8,7
August	-3,6	-4,9	-21,7	-8,3
September	-3,8	-4,0	-21,5	-8,1
Oktober	-4,7	-	-20,7	-

1 Anstieg der Preisindizes gegenüber dem Vorjahr in Prozent
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Das Niveau der internationalen Rohstoffpreise verharrt derzeit auf einem rekordhaft niedrigen Niveau. Ansätze zur Preiserholung haben sich bislang nicht durchsetzen können.

Weltrohstoffpreise

	VWD-Index ¹	HWWA-Index ² Ohne Energierohst.	HWWA-Index ² Mit Energierohst.
1981	175	136	241
1982	162	118	229
1983	192	123	209
1984	213	125	205
1985	188	112	197
Januar	165	120	196
September	127	115	133

1 Auf DM-Basis, Index 1972 = 100

2 Auf Dollar-Basis, Index 1975 = 100

(Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 13. 10. 1986)

An den Rohölmarkten konnte die nach verschiedenen OPEC-Förderbeschränkungen im Sommer durchgesetzte Preislinie von 14 bis 15 Dollar je Barrel (= 159 Liter) gehalten werden. Allerdings sind die Vorräte bei den Verbrauchern auf allen Stufen derzeit außergewöhnlich hoch, so daß die Nachfrage auch im Winter gedämpft bleiben dürfte. Die Prognostiker gehen davon aus, daß der Rohölpreis auch im nächsten Jahr bei etwa 15 Dollar liegen wird. Dagegen bemühen sich die OPEC-Länder um eine Anhebung der Listenpreise auf 18 Dollar.

Geht man davon aus, daß die Rohstoffpreise in den kommenden Monaten nicht weiter zurückgehen werden und daß der Dollarkurs ebenfalls mit etwa 2,- DM je Dollar eine untere Linie erreicht hat, so wird der Entlastungseffekt für das inländische Preisniveau vor allem ab Anfang 1987 rasch abgebaut werden. Dann wird wieder ein deutliches Plus vor der inländischen Preissteigerungsrate stehen. Die Bundesregierung wird allerdings das Glück haben, den Bundestagswahlkampf noch im Zeichen statistisch stabiler Preise führen zu können – und sie scheut nicht davor zurück, diesen mit ihrer Politik in keinem Zusammenhang stehenden Zustand auszuschlagen.

3.3 Sparquoten

Früher wurde vor allem von konservativer Seite darauf verwiesen, daß Einkommens- und Verbrauchsentwicklung nur sehr lose miteinander vermittelt seien – die Einkommensbezieher würden einen wachsenden Teil ihrer Einkommen sparen. Die Sparquote, d. h. der Anteil der laufenden Ersparnisbildung an den laufenden Einkommen, steige tendenziell an, auch die Arbeiter und Angestellten würden zunehmend Kapitalanleger. Die Sparquote als statistische Kategorie gibt im Kern an, wie groß der Anteil der verfügbaren Haushalteinkommen ist, der nicht für den Konsum verausgabt wird. Eine durchschnittliche Sparquote von 10,5 Prozent (1985) besagt also, daß von den Privathaushalten in diesem Jahr im Schnitt etwa 4700,- DM gespart, d. h. besser, nicht für den Konsum verausgabt worden sind. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Kauf eines Eigenheims bzw. einer Eigentumswohnung statistisch nicht als Konsum, sondern als Investition gewertet wird.

Bis etwa 1975 ist diese Quote tatsächlich angestiegen, d. h., ein wachsender Teil der Einkommen wurde gespart. In den letzten zehn Jahren hat sich dieser Trend allerdings umgekehrt. Obwohl die Kaufkraft der Einkommen derzeit höher ist als 1975, ist die Sparquote deutlich zurückgegangen. Eine nähere Betrachtung dieser statistischen Durchschnittsgröße zeigt, wo die Ursachen dieser Entwicklung liegen.

Sparquoten nach sozialen Gruppen¹

	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Alle Haushalte	13,5	14,5	11,8	12,4	11,8	10,2	10,5	10,5
Selbständige	24,8	26,3	25,0	26,3	26,3	24,4	25,5	25,4
Abhängig Beschäftigte	10,3	12,6	10,0	10,5	9,5	8,0	7,9	7,8
Rentner/Pensionäre	10,6	10,5	7,0	7,2	6,9	5,3	5,1	5,1
Arbeitslose	2,1	3,6	-5,2	-4,8	-6,2	-7,9	-9,6	-12,1

1 Ersparnis in Prozent des verfügbaren Einkommens

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 44/86, S. 565)

Auf den ersten Blick wird deutlich, wie wenig aussagekräftig die Durchschnittsgröße ist. Es zeigt sich ganz klar, daß der Haupteinflußfaktor der Veränderung die Verteilungspolitik der Unternehmer und der Bundesregierungen seit Mitte der siebziger Jahre und der massive Sozialabbau waren und sind.

Auf die Krise von 1974/75 haben die Lohn- und Sozialabhangigen noch mit einer verstärkten Ersparnisbildung geantwortet, ein angehender wirtschaftlicher Labilität rationales Verhalten. Die Einkommensentwicklung danach aber hat die Fähigkeit zum Sparen bei allen abhängigen Gruppen erheblich verschlechtert. Nur die Selbständigen haben ihr Sparverhalten kaum verändert. Einschneidende Veränderungen haben sich bei den Rentnern und bei den Arbeitslosen vollzogen. Die Rentner haben auf die Aushöhung ihrer Kaufkraft mit einer Halbierung der Sparleistungen (im Verhältnis zum laufenden Einkommen) reagiert. Die Arbeitslosen haushalte mußten massiv entsparen bzw. – was statistisch dasselbe ist – sie mußten sich verschulden. Aber auch bei den beschäftigten Arbeitern und Angestellten wurde die laufende Ersparnis massiv gekürzt.

Aber auch noch unter dem Aspekt der Konjunkturpolitik ist dieses Ergebnis interessant. Eine Erhöhung der Sozialleistungen dürfte sich fast unmittelbar in zusätzliche Konsumnachfrage umsetzen. Auch bei einer Erhöhung der Löhne und Gehälter ist der Zusammenhang zum Konsum eng. Nicht dagegen bei den Selbständigen. Das heißt, daß schon eine Umverteilung der verfügbaren Einkommen zwischen Selbständigen und Abhängigen einen erheblichen positiven Effekt für die Konsumnachfrage und damit für die Absatzmöglichkeiten der Wirtschaft hat. Maßnahmen, die die Einkommenskraft der unteren Einkommensschichten auf Kosten der Spitzenverdiene erhöhen, stärken auch die Nachfrage nach Konsumgütern. Umgekehrt wirken Maßnahmen zur Einkommensdifferenzierung im Sinne der oberen Einkommensgruppen eindeutig nachfragermindernd. Infolgedessen würde auch das Vorziehen der zweiten Stufe der Stoltenbergschen Steuerreform auf 1987 – dies schlagen z. B. die fünf das „Herbstgutachten“ tragenden Institute vor – kaum konjunkturstabilisierend wirken. Denn hierdurch werden wirklich nur die oberen Einkommensgruppen entlastet, wo die Sparquote sehr hoch ist.

3.4 Perspektiven im Arbeitszeitkonflikt

Steht die Bundesrepublik vor einem neuen Arbeitskampf um die Arbeitzeitverkürzung? Die Termine des Tarifkalenders zeigen, daß Ende des Jahres 1986 in der Metallindustrie und am Ende des ersten Quartals 1987 in der Druckindustrie die tariflichen Arbeitszeitbestimmungen gekündigt sind und die jeweiligen Gewerkschaften – wie schon 1983/84 – die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aufgestellt haben.

Kündigungstermine der tariflichen Wochenarbeitszeit (ausgewählte Bereiche)

Wirtschaftsbereiche (begünstigte Beschäftigte)	jetzige tarifliche Wochenarbeitszeit	kündbar zum
Banken (325000)	40	gekündigt
Metallindustrie (3,6 Mio.)	38,5	30. 9. 86 (gekündigt)
Druckindustrie (159000)	38,5	31. 3. 87 (wird gekündigt)
Eisen- und Stahlindustrie (193000)	38	31. 12. 87
öffentlicher Dienst (2,3 Mio.)	40	31. 12. 87
Chemische Industrie (683000)	40	31. 12. 88
Textilindustrie (227000)	40	30. 4. 88
Bekleidungsindustrie (178000)	40	30. 4. 88
Baugewerbe (928000)	40	31. 12. 88
Einzelhandel (1,5 Mio.)	38,5	31. 12. 88
Versicherungen (197000)	38,75	31. 12. 89

(Quelle: Zusammenstellung nach Angaben des WSI-Tarifarchivs)

Insgesamt können Ende 1986 für ca. 34 Prozent aller abhängig Beschäftigten die tariflichen Arbeitszeitbestimmungen gekündigt werden. Die nächste Etappe steht 1987 an – betroffen sind dann 24 Prozent –, und 1988 können wiederum etwa 33 Prozent der Beschäftigten durch Kündigungstermine in tarifliche Arbeitszeitauseinandersetzungen einbezogen werden.

Die entscheidende Auseinandersetzung mit möglichen Folgen für weitere Wirtschaftsbereiche wird also im Frühjahr 1987 in der Druck- und Metallindustrie erfolgen, also in den Bereichen, in denen schon 1984 als erste die 38,5-Stunden-Woche realisiert werden konnte.

Unabhängig davon, ob es zur Zuspitzung in einem Arbeitskampf kommen wird, werden die Inhalte des Tarifkonflikts nicht einfach mit denen des Jahres 1984 identisch sein. Zum Hauptkonfliktinhalt ist die Frage der Arbeitszeitflexibilisierung geworden. Dabei geht es den Unternehmern vor allem um die Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten und eine Entkoppelung von den individuellen Arbeitszeiten der Beschäftigten, d. h. um eine Erweiterung der Flexibilisierungsmöglichkeiten der Arbeitszeiten. Dabei wird insbesondere schon in Vorbereitung der Tarifauseinandersetzung auf 6-Tage-Produktion, d. h. regelmäßige Samstagsarbeit bei Ausdehnung von Schichtarbeit gesetzt (vgl. Siemens-Konflikt).

Ob es zu einem Arbeitskampf kommt, hängt nicht nur von der Verhandlungsbereitschaft über diese Frage ab, die von beiden Seiten schon signalisiert wurde. Dies hängt auch von den ökonomischen und politischen Konstellationen Anfang 1987 ab, die eher eine „friedliche“ Verhandlungsregelung oder aber eine konfrontative Machtlösung durch das Kapital nahelegen. Welche Indikatoren sind hierbei zu beachten?

– Von der ökonomischen und sozialen Entwicklung her sind die Argumente für einschneidende Arbeitszeitverkürzungen noch gewichtiger geworden. Der Umverteilungsprozeß seit Beginn der 80er Jahre hat die Gewinn- und Vermögenssituation der Unternehmer erheblich verbessert und zeigt die materiellen Ressourcen zur Realisierung von Arbeitszeitverkürzungen (AZV). Die Arbeitsmarktentwicklung bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit von offiziell über 2 Millionen unterstreicht die Dringlichkeit weiterer AZV. Da auch in Zukunft die Arbeitsproduktivität rascher als die Produktion zunehmen wird, ist eine rapide AZV unerlässlich, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die positiven Folgen der AZV von 1984 ff. erleichtern diese Argumentation für die Gewerkschaften. Dies verbessert deren Ausgangsbedingungen.

– Die Prognosen für 1987 zeigen eine Abschwächung der wirtschaftlichen Zuwachsraten und lassen einen Übergang in eine neue konjunkturelle Stagnations- und Krisenphase als möglich erscheinen, deren Konturen in den USA und Japan schon am deutlichsten sind. Im Gegensatz zur jetzigen Wahlkampfpropaganda der Rechtskoalition wird eine solche Perspektive nach den Bundestagswahlen im Januar 1987 auch deutlicher zugegeben werden und den Hintergrund der Tarifauseinandersetzungen prägen. Dies könnte Stimmungen im Kapitallager zugunsten einer Konfrontationsstrategie erneut befördern.

– In der gegenwärtigen Umbruchperiode haben die maßgeblichen Kräfte des Kapitals mit der Favorisierung der Wendepolitik auf eine Neuformulierung der Kräfteverhältnisse gesetzt, in denen die Gewerkschaften deutlich geschwächt werden sollten, um eine flexiblere Anpassung des Arbeitskräftepotentials an die neuen ökonomisch-technologischen Produktionsbedingungen zu erreichen. Sollte der konservative Block bei den Bundestagswahlen bestätigt werden, könnte dies angesichts der konjunkturellen Perspektive und der arbeitskampfrechtlich, finanziell und politisch angeschlagenen Situation der Gewerkschaften einen zusätzlichen Schub für eine Offensive gegen die Gewerkschaften auslösen, die den Arbeitszeitkonflikt weit über eine Tarifauseinandersetzung hinaus politisieren würde.

– Das aktuelle, vom Finanzkapital als Dauerkrise inszenierte Desaster der Gemeinwirtschaft, das aufgrund von politischen Fehleinschätzungen und einem Selbstverschulden des gewerkschaftlichen Managements dieses Ausmaß annehmen konnte, hat im Moment das Ansehen und die Ausstrahlungskraft der Gewerkschaf-

ten empfindlich geschwächt. Entscheidend wird sein, inwieweit die Gewerkschaften die in den Streiks 1984 und in der Bewegung gegen die Änderung des § 116 AFG bewiesene Aktionsfähigkeit unter den jetzigen Bedingungen erneuern können. Der DGB-Kongreß im Mai und die Gewerkschaftstage im Herbst 1986 haben das auch im internationalen Vergleich stabile gewerkschaftliche Gegenmachtpotential der BRD demonstriert und autonome Handlungsorientierungen gestärkt. Insofern sind auch angesichts einer zu erwartenden neuen konservativen Offensive die subjektiven Voraussetzungen für eine Mobilisierung in dieser Hinsicht nicht schlechter als 1984. Nur durch die Mobilisierung ihrer Gegenmachtressourcen werden die Gewerkschaften ihre gegenwärtige angeschlagene Situation überwinden und einem möglichen verschärften Wendekurs Einhalt bieten können. Vieles spricht also für einen zugespitzten, politisierten Tarifkonflikt um die Arbeitszeit im ersten Halbjahr 1987.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Abenteuerliche Zahlen werden in der Vorwahlzeit von der Bundesregierung über die Entwicklung der Beschäftigung verbreitet. Verschiedentlich wird von 600 000 Arbeitsplätzen gesprochen, die die Rechtskoalition neu geschaffen habe. Solche Zahlen beruhen auf einfachen Fälschungen, auf dem Vergleich z. B. von Jahresdurchschnittszahlen mit nicht saisonbereinigten Monatszahlen, auf großzügig bemessenen Schätzungen usw. Erleichtert werden solche Manipulationen durch die Ungenauigkeit der Beschäftigungsstatistik, durch unterschiedliche Schätzmethoden und Abgrenzungen.

Die folgenden Ziffern beruhen auf Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, bei der die Jahresdurchschnittlichen Erwerbstätigenzahlen mit Hilfe unterschiedlicher Statistiken ermittelt werden. Es sind die Zahlen, die auch im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrunde gelegt werden.

Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt¹

Jahr	Gesamtwirtschaft
1962	26534
1963	26596
1964	26618
1965	26769
1966	26686
1967	25817
1968	25839
1969	26240
1970	26560
1971	26721
1972	26661
1973	26849
1974	26497
1975	25746
1976	25530
1977	25490
1978	25644
1979	25995
1980	26278
1981	26092
1982	25651
1983	25272
1984	25292
1985	25471
1986	25746

1 In 1000 Personen, 1986 Schätzung des JAB
(Quellen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Selbst wenn die Schätzungen für 1986 zutreffen, liegt die Zahl der Erwerbstätigen (also abhängig Beschäftigte

neuen Bundestagswahlkampf noch in einer günstigen Konjunkturphase führen kann. Außerdem – darauf wurde schon mehrfach hingewiesen – ist der Beschäftigungsanstieg seit Ende 1983 zum überwiegenden Teil auf die Arbeitszeitverkürzungen und auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zurückzuführen.



Neuere Berechnungen zeigen zudem, daß der Beschäftigungsanstieg deutlich langsamer wird.

Abhängig Beschäftigte¹

	1984				1985				1986			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Land-/Forstwirtschaft	250	252	251	255	251	251	254	251	249	248		
Produzierendes Gewerbe	9682	9659	9632	9626	9632	9635	9678	9703	9733	9754		
darunter:												
Verarbeitung	7819	7809	7805	7824	7862	7897	7948	7979	8016	8059		
Bauwirtschaft	1392	1382	1362	1339	1306	1275	1264	1260	1252	1230		
Handel und Verkehr	4333	4335	4339	4348	4340	4331	4325	4324	4322	4322		
Dienstleistungen	7768	7812	7856	7908	7945	7987	8024	8060	8090	8130		
insgesamt	22034	22059	22079	22136	22167	22204	22281	22337	22393	22454		

¹ Saisonbereinigte Ziffern, in 1000 Personen
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 46/86, S. 588)

Nach dieser Berechnung war der Tiefpunkt bei der abhängigen Beschäftigung im letzten Quartal 1983 mit 22.028 Millionen Beschäftigten erreicht. Im dritten Quartal 1986 dürfte eine Zahl von etwa 22.500 Millionen erreicht worden sein. Der Beschäftigungszuwachs in der Aufschwungphase des Zyklus beziffert sich demnach auf etwa 470 000 Personen. Damit ist der entsprechende Beschäftigungsverlust der letzten Krise erst knapp zur Hälfte wieder aufgeholt. Hauptträger des Beschäftigungszuwachses waren bislang das Investitionsgütergewerbe und der Dienstleistungsbereich. Im Investitionsgütersektor stockt der Beschäftigungsaufbau, so daß das DIW den Beschäftigungszuwachs für 1986 mit 220 000 Abhängigen und 250 000 Erwerbstätigen deutlich niedriger ansetzt als die Bundesregierung, die immer noch von 300 000 neuen Arbeitsplätzen spricht.

Ausgesprochen düster gestaltet sich nach wie vor die Lage am Arbeitsmarkt. Neuere Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des wissenschaftlichen Instituts der Bundesanstalt für Arbeit (BA) können nur einen minimalen Rückgang der Arbeitslosigkeit in Aussicht stellen. Der vom Präsidenten des BA Franke zur Schau gestellte Optimismus wird durch sein wissenschaftliches Institut Lügen gestraft.

Arbeitsmarktbilanz¹

	1982	1983	1984	1985	1986 ²	1987 ²
Erwerbspersonen	28434	28652	28858	28977	29107	29242
Erwerbstätige	25651	25272	25292	25471	25746	25846
Arbeitslose						
insgesamt	2783	3380	3566	3506	3361	3396
darunter:						
registrierte						
Arbeitslose	1833	2258	2266	2304	2230	2215
Stille Reserve	950	1122	1300	1202	1131	1181

¹ in 1000 Personen

² Schätzung bzw. Prognose, bei Wirtschaftswachstum von zwei Prozent 1987
(Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 3/86, S. 353)

Nach dieser Berechnung wird es 1987 bereits wieder zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen, wenn man die „stille Reserve“ einbezieht. Dabei wird von einer leichten Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf rund zwei Prozent ausgegangen. Bleibt diese Abschwächung aus, d. h. setzt sich das Wachstum im bisherigen Tempo mit real drei Prozent fort, dann würde nach diesen Berechnungen die Arbeitslosenzahl insgesamt um etwa 100 000 niedriger liegen als in der ungünstigeren Variante, d. h. es kommt zu einem Rückgang um rund 70 000 gegenüber 1986. Der Beschäftigungsanstieg würde auch dann deutlich langsamer werden.

Auch die aktuellen Arbeitsmarktdaten sind alles andere als ermutigend.

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose (1)	Arbeitslose (2)	Kurzarbeiter (1)	Kurzarbeiter (2)	Offene Stellen (1)	Offene Stellen (2)
Januar	2590	— 29	263	— 203	122	+ 34
Februar	2593	— 18	295	— 137	137	+ 36
März	2448	— 27	295	— 102	158	+ 44
April	2230	— 75	216	— 149	157	+ 46
Mai	2122	— 71	153	— 75	170	+ 55
Juni	2078	— 82	118	— 44	173	+ 53
Juli	2132	— 89	87	— 21	170	+ 51
August	2120	— 97	77	+ 3	169	+ 52
September	2046	— 106	180	+ 78	165	+ 48
Oktober	2026	— 123	235	+ 108	153	+ 41

1 in 1000 Personen

2 Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Zwar lag die registrierte Arbeitslosigkeit Ende Oktober 1986 um mehr als 120 000 unter dem vergleichbaren Vorjahrstand, davon ist aber ein Drittel die Folge der statistischen Ausgliederung älterer Arbeitsloser (§ 105 c Arbeitsförderungsgesetz). Berücksichtigt man, daß der Arbeitsmarkt durch Ausweitung von Arbeitsbeschaffungs- und beruflichen Förderungsmaßnahmen und durch den Vorruststand zusätzlich um etwa 100 000 Personen entlastet wurde, so kann von einer konjunkturellen Besserungstendenz am Arbeitsmarkt nicht die Rede sein.

Ein Alarmzeichen ist im übrigen die deutliche Zunahme der Kurzarbeit in den letzten Monaten, ein wichtiger Frühindikator des Arbeitsmarktes. Dies hängt zu einem großen Teil mit der Zuspitzung von Branchen Krisen im Bergbau und in der Stahlindustrie zusammen, aber auch in mehreren Bereichen der Investitionsgüterindustrie liegt die Kurzarbeit über dem Vorjahresstand.

Das IAB unterstreicht in seiner Analyse des Arbeitsmarktes: „Bis in die 90er Jahre hinein gibt es großen beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf“ (IAB-Mitteilungen, 3/86, S. 356). Dies steht im krassen Gegensatz zu den Erklärungen der Bundesregierung, die einen solchen Bedarf leugnet: „Öffentliche Nachfrageprogramme oder produktionskostensteigernde Umverteilung der Arbeit tragen nicht zu einer Lösung, sondern letztlich eher zu einer Verschärfung der Probleme bei.“ (BMWI, Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der BRD bis zum Jahre 1990, S. 3.) Es gelte lediglich, den „eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs“ fortzusetzen. Das IAB weist nach, daß dies selbst bei günstigen Wachstumsannahmen anhaltende Massenarbeitslosigkeit in Millionenhöhe bedeutet.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickhaus.
Der Abschnitt 1.3 wurde von Paul Ulrich, 1.4 von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 21. 11. 1986. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.